

HANS KAMMLER

Interdependenz der Ordnungen: Zur Erklärung der osteuropäischen Revolutionen von 1989

I. Einleitung: Die Herausforderungen von 1989

In Frankreich und vielen anderen Ländern ist 1989 der 200. Jahrestag des Beginns der Französischen Revolution gefeiert worden. In demselben Jahr 1989 haben in einer Reihe ost- und mitteleuropäischer Länder Revolutionen begonnen. In mehr als einem Fall sind diese Revolutionen erst teilweise erfolgreich abgelaufen; überall ist ihre Zukunft ungewiß. Trotzdem könnte es sein, daß - aus größerer zeitlicher Distanz beurteilt - 1989 für die Geschichte der menschlichen Freiheit nicht weniger bedeuten wird als 1789.

Die Ereignisse von 1989 haben dem klassischen ordnungspolitischen Thema der Interdependenz der Ordnungen eine seit vielen Jahren nicht gekannte Aktualität verliehen. Nicht nur die Fragen der Schaffung und der Umgestaltung wirtschaftlicher oder politischer Regelsysteme eines gegebenen Typs, sondern auch die der dauerhaften Koexistenz bestimmter Ordnungstypen stellen sich nach den Erfahrungen dieses Jahres anders als bisher. Um-

wälzungen wie die von 1989 bedeuten notwendig das Ende für viele Scheinregularitäten, die für Dauergegebenheiten zu nehmen man sich angewöhnt hatte. Aber ihr Potential für die Gewinnung von Lösungen bisher intractabler Probleme vieler Bereiche - von der Außen - und Sicherheitspolitik bis zur internationalen Umweltpolitik - ist immens. Zugleich und damit verknüpft bieten sie außergewöhnliche Gelegenheiten zum Erkenntnisfortschritt gerade in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die als nicht-experimentelle Fächer es ohnehin immer schwer haben, zu einer Entscheidung zwischen den verschiedenen Positionen einer Kontroverse zu kommen.

Ein solches Problemfeld wiederholter, langanhaltender Kontroversen, für das die Erfahrungen von 1989 die Problemsituation gründlich verändert haben, ist das der Interdependenz der Ordnungen. Als Walter Eucken vor mehr als einer Generation diese Bezeichnung für das Problemfeld prägte, waren einige der heftigsten Kontroversen bereits abgelaufen - so die zwischen Lenin und den Leninisten auf der einen, den demokratischen Sozialisten auf der anderen Seite - oder noch im Gange: die Debatte zwischen Liberalen wie Hayek und Popper auf der einen, den Vertretern weitreichender "antikapitalistischer" Reformen auf der anderen. Eucken hat allerdings die Gesamtheit der Wechselbeziehungen zwischen den sektoralen Unterstrukturen von Gesellschaften, die er als "Ordnungen" bezeichnete, im Auge gehabt, wenn er von "Interdependenz" der Ordnungen sprach (Eucken, 1975, S. 14-16, S. 332-346). Hier dagegen soll nur von der partiellen Interdependenz

zwischen Wirtschaftsordnungen und Staatsverfassungen die Rede sein, die für die osteuropäischen Entwicklungen besonders wichtig ist und deren Analyse aus dem Erfahrungen mit diesen Entwicklungen besonders viel lernen kann. Die folgenden Überlegungen beschränken sich somit auf einen Teilbereich - allerdings einen besonders wichtigen und aktuellen - der Interdependenzthematik.

"Ordnung" wird hier als deskriptiver Begriff gebraucht (also vergleichbar Euckens erstem, im Gegensatz zu seinem zweiten, normativen, Ordnungsbegriff; siehe Eucken, 1975, S. 372-373, vgl. Hayek, 1977, S. 35-36). Explikationsbedarf besteht - heute weniger als 1968, aber wohl noch immer - eher bei den Begriffen Sozialismus und Demokratie, die es zu erstaunlicher Bedeutungsvielfalt gebracht haben. Sozialismus steht im folgenden als Synonym für eine Wirtschaftsordnung, in der die wirtschaftlichen Vorgänge überwiegend nicht durch von Preisänderungen erzeugte Knappheitssignale, sondern durch staatliche Anordnungen gesteuert werden, im Extremfall: die reine Zentralverwaltungswirtschaft. Und Demokratie steht für den demokratischen Verfassungsstaat, wie er sich in westlichen Industrieländern entwickelt und inzwischen auch in einer Reihe anderer Länder durchgesetzt hat.

Obwohl die Untersuchung im folgenden sich auf die Interdependenz der politischen und der wirtschaftlichen Ordnungen beschränkt, wird sie in anderer Richtung über die klassische Fragestellung Euckens, Hayeks, Poppers und anderer Liberaler hinausgeführt. Für sie hatte sich das Interesse auf die wechselseitige Abhängigkeit von Staats- und Wirtschaftsverfassung innerhalb

einer Nation oder Gesellschaft gerichtet (so zum Beispiel Eucken, 1975, S. 332-334). Daneben sind aber auch Wechselwirkungen zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Ordnungen verschiedener Gesellschaften nicht nur denkbar, sondern empirisch feststellbar. Neben die innerstaatliche Ordnungsinterdependenz tritt damit als Thema die internationale Ordnungsinterdependenz. Bei dem ersten Thema haben Fragen der Vereinbarkeit oder Komplementarität unterschiedlicher Ordnungen die Fragestellungen dominiert. Im Bereich des zweiten Themas kommen unvermeidlich auch die Staatenrivalität und die Bedeutung von Ordnungstypen für Verlauf und Ergebnisse dieser Rivalität ins Blickfeld. Mittelbar gibt es damit auch einen Wettbewerb von und im Ergebnis eine Selektion unter verschiedenen Ordnungsalternativen, und insbesondere stellt sich die Frage, wie Wettbewerbsordnungen im Wettbewerb der Ordnungen abschneiden. Als Wettbewerbsordnungen - wenn auch durchaus verschiedener Struktur - betrachte ich sowohl eine funktionierende Marktwirtschaft wie eine funktionierende Demokratie.

Eine die Evolution von Ordnungen und insbesondere die Konkurrenz- und Selektionsvorgänge zwischen unterschiedlichen Ordnungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit stellende Betrachtung scheint mir der angemessene Weg zu einer Erklärung der osteuropäischen Revolutionen von 1989, die diesen Namen verdient. Das erfordert eine historische Perspektive mit einer zeitlichen Tiefe und geographischen Weite, wie sie diejenigen besaßen, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Ordnungstheorie und -

politik in Deutschland neu begründet haben, darunter vor allem Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow. Mehr als eine Erklärungsskizze ist in dem hier verfügbaren Raum nicht möglich; aber schon diese Skizze soll erkennen lassen, daß hier keine Ad-hoc-Erklärung aus zeitgeschichtlicher Froschperspektive, sondern die logische Einordnung der Ereignisse von 1989 in eine Klasse weltgeschichtlicher Vorgänge versucht wird. Erst soweit dies - Einordnung von Ereignissen in eine Klasse gleichartiger Abläufe, Zurückführung der singulären Eigenschaften dieser Ereignisse auf Gesetzmäßigkeiten - gelingt, ist eine "Erklärung" im methodologischen Sinn gegeben (vgl. Hempel, 1965).

II. Innerstaatliche Ordnungsinterdependenz

Diese Interdependenz zwischen den innerhalb einer Nation bestehenden Ordnungen im Sektor der Politik und im Sektor der Wirtschaft war der Stoff der "Grand debate" zwischen Liberalen wie Hayek und Popper auf der einen, ihren Kritikern auf der anderen Seite. Seit der Zeit des Kriegsendes und der frühen Nachkriegszeit, als mit der Veröffentlichung von Hayeks "Road to Serfdom" die Debatte um die Vereinbarkeit von "Sozialismus" und demokratischem Verfassungsstaat neu auflebte, hat sich allerdings das intellektuelle Klima erheblich gewandelt. Damit ist nicht so sehr gemeint, ob die eine oder andere politische Richtung in den Medien - oder bei Cocktailunterhaltungen - an Boden gewinnt. In den sechziger und frühen siebziger Jahren waren Standpunkte und Vorstellungen heterogen-linker Herkunft en vogue; in den späten siebziger und achtziger Jahren ging die Meinungsführerschaft auf Vertreter klassischliberaler und neoliberaler Positionen über. Aber zu keinem Zeitpunkt wäre es in der letzten Generation in westlichen Ländern in Betracht gekommen, die Veröffentlichung wissenschaftlicher Werke mit politisch kontroverserem Inhalt in Frage zu stellen, wie dies Mitte der vierziger Jahre mit Hayeks "Road to Serfdom" oder Poppers "The Open Society and Its Enemies" im damals herrschenden Meinungsklima möglich war (siehe Bartley, 1985, S. 17-18, S. 42). In Deutschland war Hayeks Buch nach 1945

zunächst verboten, und zwar aparterweise in allen vier Besatzungszonen (Röpke, 1976, S. 95). Toleranz mag auch heute noch nicht so selbstverständlich sein, wie es für eine ideal funktionierende Demokratie erwünscht wäre; aber wenigstens in dieser Hinsicht erscheint eine Zunahme "demokratischer Reife" in den meisten westlichen Ländern unbestreitbar. Eine versachlichte Diskussion, die keines der relevanten Argumente aus den früheren Debatten außer acht läßt, dürfte heute leichter als in den Kriegs- und Nachkriegsjahren oder auf den Höhepunkten der Ost-West-Konfrontation möglich sein.

Zugleich ist diese Diskussion notwendig, um zu einer begründeten Einschätzung der Erfolgsaussichten für die Kräfte zu gelangen, die auch nach den Umwälzungen in Osteuropa irgendeine Version des Sozialismus als zukünftige Wirtschaftsordnung des einen oder anderen osteuropäischen Landes anstreben. Diese Bestrebungen finden auch in Westeuropa - etwa in der Bundesrepublik Deutschland - da und dort Unterstützung. Die Realisierbarkeit solcher Zielvorstellungen angesichts der osteuropäischen Erfahrungen bis 1989 ist ein erfahrungswissenschaftliches Problem, während die Wünschbarkeit das nicht ist. So weit gilt Max Webers Forderung nach Trennung von Wertung und Beschreibung nach wie vor. Wenn allerdings die deskriptive Analyse des Interdependenzproblems zu dem Ergebnis führt, daß Sozialismus in keiner der diskutierten Versionen mit einer politischen Ordnung vom Typ des demokratischen Verfassungsstaates koexis-

tieren kann, dann drängen sich dem Bürger, der gegenüber dieser Ordnung seine Pflichten akzeptiert - so selbstverständlich, wie er seine Rechte in Anspruch nimmt - unausweichliche Konsequenzen für die praktische Politik auf.

Das mindeste, was angesichts der Erfahrungen mit Versuchen, Wirtschaft und Gesellschaft sozialistisch zu reorganisieren, gesagt werden muß, ist dies: diejenigen, die eine Vereinbarkeit ihres Typs von Sozialismus mit dem demokratischen Verfassungsstaat behaupten, tragen dafür die Beweislast. Die osteuropäischen Erfahrungen mit dem "real existierenden Sozialismus" sprechen für die skeptische Position Euckens, Hayeks und Poppers, nicht für die Hoffnungen ihrer sozialistischen Kritiker. Denen, die auf einen "dritten Weg" des humanen Sozialismus hofen, könnte es zu denken geben, wenn selbst ein ihnen lange nahestehender Autor nicht umhin kann, eine niederschmetternde Prognose abzugeben: "... nachweisbar haben sich dritte Wege nicht weniger als eine sozio-ökonomische (und daraus resultierend: politische) Sackgasse herausgestellt als der kompromißlose Entwicklungsweg der stalinistischen Kommandowirtschaft" (Senghaas, 1990, S. 38).

Inzwischen kommt zu der Erfahrung, daß der Preis sozialistischer Experimente nicht nur eine drastisch verschlechterte Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch regelmäßig den Verlust der politischen Freiheit aller - und nicht nur der Bourgeois - einschließt, seit dem Einsetzen der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion von Umweltproblemen auch die immer

klarere Erkenntnis, daß in den Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas mit knapper werdenden Umweltressourcen nicht sparsamer, sondern noch weitaus verschwenderischer umgegangen worden ist als in den Marktwirtschaften des Westens. Obwohl niemand sagen kann, die Probleme der Verknappung von lange Zeit als "frei" betrachteten Gütern wie saubere Luft oder intakte Natur seien im Westen irgendwo schon gelöst, zeichnet sich immer deutlicher ab, daß marktwirtschaftliche Lösungen, die externe Kosten internalisieren, die effizientesten und oft die einzigen erfolgversprechenden Lösungen sein werden.

Auf die Bedeutung der Übernahme sozialistischer Programme und Rhetorik in Ländern der Dritten Welt ist hier nicht ausführlich einzugehen. Mehrere Jahre nach der Debatte zwischen Hayek, Popper und ihren Gegnern hat Arnold Brecht im Rahmen seiner umfassenden Grundlegung der "Politischen Theorie" das Thema der Interdependenz der Ordnungen - und zwar mit genau der gleichen Fragestellung wie Hayek - wieder aufgenommen (Brecht, 1961, S. 542-547). Zunächst stellt Brecht dar, daß die kommunistische Lehre und "rechtsstehende Liberale wie Professor Friedrich Hayek" sich darin einig seien, daß Sozialismus nicht "unter einem System von freien Wahlen, Rede- und Vereinigungsfreiheit und freien Mehrheitsentscheidungen" eingeführt werden könne. Sie divergieren erst in den praktischen Folgerungen: die Kommunisten befürworten den Verzicht auf die "bürgerliche Demokratie", Hayek den auf die Einführung des Sozialismus.

Brecht selbst aber nimmt in der Frage der Realisierbarkeit einer Kombination von Zentralverwaltungswirtschaft (Sozialismus) und funktionierender Demokratie eine von beiden abweichende Position ein. Er hält die Unmöglichkeit dieser Kombination für nicht erwiesen, und er hält die Auffindung eines Weges zu ihrer Realisierung für dringend erwünscht. Der wesentliche Grund dafür ist seine Auffassung, in der Dritten Welt wünschten viele Menschen leidenschaftlich den Sozialismus, während ihre Loyalität zur Demokratie wesentlich schwächer ausgeprägt sei. Falle die Möglichkeit einer Verknüpfung von Demokratie mit Sozialismus weg, so bestehe die Gefahr, daß die Befürworter des Sozialismus dann gegen die Demokratie optieren würden. Aus heutiger Sicht erscheint vor allem bemerkenswert, wie leicht es einem bedeutenden Gelehrten und, wie Brecht 1933 gezeigt hatte, charakterfesten Demokraten fiel, die Auffassungen einer kleinen, durchwegs in westlichen Universitäten ausgebildeten intellektuellen Elite der ehemaligen Kolonien praktisch als Mehrheitsmeinungen zu behandeln. Tatsächlich gibt es keinerlei Belege dafür, daß in irgend einem der heutigen Entwicklungsländer der Sozialismus in wirklich freien Wahlen oder Referenden die von Brecht erwarteten Mehrheiten gefunden hätte. Dagegen gibt es sehr viele Anhaltspunkte dafür, daß sozialistische Rhetorik und - in einem erheblich geringerem Ausmaß allerdings - Einführung zentraler Wirtschaftsplanung und -lenkung als Herrschaftsinstrumente von der westlich gebildeten Elite in Dienst gestellt worden sind. "Von Sozialismus

als Instrumentarium der Macht ist mit um so größerer Vehemenz Gebrauch gemacht worden, als sich in den meisten Neustaaten die Macht einer Führungsgruppe zu einer Personalisierung der Macht kondensiert hat, also zur Ein-Mann-Herrschaft wurde. Der Grad an Vehemenz wurde dann immer durch die Notwendigkeit bestimmt, konkurrierende Faktoren oder Tendenzen, rivalisierende Gruppen oder Personen auszuschalten oder Ansprüche auf Teilhabe an der Macht abzuweisen" (Bechtoldt, 1980. S. 15).

III. Internationale Ordnungsinterdependenz

1. Vorindustrielle Systeme totaler Herrschaft

Auf die Frage, ob die Instabilität der realsozialistischen Regime, die von den Ereignissen des Jahres 1989 so drastisch illustriert wurde, ihnen zwangsläufig eigen ist, gibt es eine klare Antwort: Nein. Autoritäre Regime mit weitgehender staatlicher Kontrolle wirtschaftlicher Prozesse können sehr lange bestehen. Historisch haben mehrere politische Ordnungen dieses Typs erheblich länger bestanden als bisher irgendeine moderne Demokratie.

Der Grund dafür, daß in westlichen Ländern dies nur wenigen Spezialisten geläufig ist, besteht in dem überkommenen weitgehend eurozentrischen Geschichtsbild, das - soweit ein "Geschichtsbild" überhaupt noch vorhanden ist - nach wie vor die Vorstellungen bestimmt. In diesem Geschichtsbild dominiert die Entwicklung pluralistischer Gesellschaften und des durch ihre Wechselbeziehungen gebildeten internationalen Systems, konkret: die Entwicklung der europäischen Staaten seit dem Mittelalter und allenfalls die voraufgehende Entwicklung der mittelmeerischen, griechisch-römischen Antike. Stark zentralisierte politische Ordnungen, charakterisiert durch das Machtmonopol einer hierarchisch organisierten Bürokratie, treten in diesem Ausschnitt historischer

Erfahrung zwar auf, nämlich in der europäischen Neuzeit das Osmanische Reich und das Zarenreich, in der Antike das Perserreich und das Römische Reich, insbesondere in der Phase des Dominats. Aber sie erscheinen peripher und wirken als Aberrationen.

Dieser Eindruck, so verbreitet er ist oder gewesen sein mag, ist ein Ergebnis selektiver Wahrnehmung. Gesellschaften, in denen die hochgradige Zentralisierung der politischen Ordnung auch die Wirtschaftsordnung weitgehend prägt, finden sich nicht nur zahlreich und in sehr verschiedenen Kulturmilieus; sie sind auch nach ihrem Volumen bis in die europäische Neuzeit gewichtiger als die meisten Fürstentümer des alten Europa, von den Stadtrepubliken der griechischen Antike oder der italienischen Renaissance ganz zu schweigen. Der Vergleich der in Osteuropa unter sowjetischer Herrschaft entstandenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen mit den Strukturen dieser vorindustriellen Herrschaftsgebilde ist, bei aller Berücksichtigung kultureller Verschiedenheit, heuristisch fruchtbar. Er liefert den Ansatz zu einer systematischen Erklärung der in den dramatischen Ereignissen von 1989 gipfelnden Auflösung der totalitären und subtotalitären Ordnungen Osteuropas.

Der moderne Totalitarismus, wie ihn Hitlers Deutschland und Stalins Sowjetunion repräsentiert haben, ist erst im 20. Jahrhundert aufgetreten. Aber er hat Vorläufer in den agrarbürokratischen Systemen totaler Herrschaft, die Gegenstand von Wittfogels umfangreicher Studie sind. Dabei handelt es sich um die zuerst in den großen Stromtälern des Vorderen Orients entstandenen Gesellschaften, die permanent die Probleme der großräumigen Be-

wässerungslandwirtschaft bewältigen mußten und den dafür erforderlichen Masseneinsatz menschlicher Arbeitskräfte mittels einer stark zentralisierten Organisation bewältigten. Wegen der Schlüsselrolle der Bewässerungswirtschaft nennt Wittfogel sie "hydraulische" Gesellschaften (in Anlehnung an seine frühere Bezeichnung der herrschenden Oberschicht als "Wasserbaubürokratie"; Wittfogel, 1957, S. 6). Diese Gesellschaften sind die Träger der frühesten Hochkulturen, aber politisch sämtlich Beispiele der "orientalischen Despotie", von Altägypten bis China. Wo sie es, wie im Fall der Sumerer, nicht schon bei Einsetzen der schriftlichen Überlieferung sind, setzt sich die Despotie als politische Ordnung früh durch und bleibt die Staatsform aller Völker dieser Region über Jahrtausende (vgl. Jacobsen, 1957). Die Technologie der Herrschaft und Unterdrückung in diesen agrarbürokratischen Systemen war primitiv, hat aber genügt, um in diesen Gesellschaften eine viel weiter reichende und vor allem viel dauerhaftere Machtmonopolisierung zu ermöglichen als im europäischen Absolutismus. Dieses Machtmonopol begünstigte auch die Konzentration von Ressourcen für den Aufbau militärischen Potentials; daher sind viele Entstehungszonen derartiger Gesellschaften später Kernräume von durch Eroberung entstandenen weiträumigen Imperien. Die hohe Stabilität dieser extrem unfreiheitlichen Ordnungen hängt in vielen Fällen mit der erfolgreichen imperialen Expansion zusammen.

Es ist berechtigt und liegt nahe, die durch das Machtmonopol der agromanagerial bureaucracy (Wittfogel, 1957, S. 3, S. 8) cha-

rakterisierten "strukturell orientalischen" Systeme des pluralistischen Gesellschaften des feudalen Europa und auch zum Beispiel Japans mit erheblicher Streuung sozialer, insbesondere politischer Macht gegenüberzustellen. Mit dem Maßstab des modernen Liberalismus beurteilt, wird dieser feudale Pluralismus ebensowenig Gnade finden wie der der Industriegesellschaft mit der Tendenz zur "Herrschaft der Verbände" (Eschenburg, 1955; vgl. Eucken, 1975, S. 327-332; Rüstow, 1957, S. 171-183). Aber aus den locker strukturierten, anfangs rückständigen Feudalgesellschaften, nicht aus den kulturell und wirtschaftlich zunächst führenden orientalischen Despotien sind in einer langen und konfliktreichen Entwicklung die modernen Verfassungsstaaten mit ihren freiheitlichen Ordnungen entstanden.

Im übrigen ist in Erinnerung zu behalten, daß historische Gesellschaften nicht Idealtypen entsprechen. Die orientalischen Gesellschaften weisen kulturell und organisatorisch eine große Vielfalt auf; für die hier verfolgte Fragestellung entscheidend ist die despotische Verfassung, die nicht nur den Bereich der Politik in unserem Sinn, sondern auch die Eigentums- und Tauschbeziehungen Willkürentscheidungen und prinzipiell unbeschränkter Kontrolle auslieferte. Eine Zentralverwaltungswirtschaft war in diesen Agrargesellschaften schon wegen der bei der verfügbaren Technologie unmöglichen oder prohibitiv kostspieligen Kontrollen impraktikabel, willkürlicher Zugriff auf Einkommen und Vermögen der Untertanen dagegen allgemein verbreitet. Dieser Zugriff konnte die Gestalt häufig wechselnder Abgaben oder von Konfiskatio-

nen annehmen. Eigentum und Erbrecht waren ebenso ohne effektiven Schutz wie persönliche Freiheitsrechte (Wesson, 1967, S. 91-103; Wittfogel, 1957, S. 72-86).

Diese politisch-ökonomische Struktur war in vielen Fällen eine außerordentlich stabile Ordnung. Das System extremer Unfreiheit, Willkür und Ausbeutung perpetuierte sich über viele Jahrhunderte. Ein Wechsel des Herrscher oder selbst der Dynastie ließ das Machtmonopol der Bürokratie in den meisten Fällen bestehen. "The historian of human freedom must face this fundamental empirical fact: among the world's higher pre-industrial civilizations, hydraulic society, the most despotic of them, has outlasted all others" (Wittfogel, 1957, S. 161).

2. Systemkonkurrenz zwischen zentralisierten und pluralistischen Ordnungen

Derartige staying power (Wittfogel, 1957, S. 422-423) hatte die herrschende Bürokratie besonders ausgeprägt dort, wo auch außenpolitisch ganz oder annähernd eine Monopolsituation bestand. Autoritäre politische Systeme sind um so stabiler, je weniger im Wahrnehmungsfeld der Beherrschten alternative Ordnungen erkennbar sind. Die Bürokratie hatte daher ein existentielles Interesse daran, grenzüberschreitende Kontakte und die Vergleichs-

und Kritikpotentiale, die daraus entstehen konnten, zu unterbinden. Ihrem Statusbehauptungsinteresse entspricht, soweit dies realisierbar ist, die nicht nur metaphorisch "geschlossene Gesellschaft" (Popper, 1962, S. 57, S. 202). Die der Herrschaftsstabilisierung dienliche Abgeschlossenheit kann grundsätzlich auf zwei Wegen realisiert sein: durch administrative Maßnahmen wie Verbote von Auslandsreisen und scharfe Überwachung von eingereisten Ausländern oder durch den Umstand, daß die Grenzen des eigenen Herrschaftsbereiches mehr oder weniger identisch mit den Grenzen "der Welt" - also des verkehrs- und nachrichtentechnisch erschlossenen Gebietes insgesamt - sind.

Die zweite Möglichkeit ist insgesamt die attraktivere. Wo es deshalb keine erfahrbaren Ordnungsalternativen und damit keine Vergleichsmöglichkeiten für die Untertanen gibt, weil die Weltgenden, deren Existenz bekannt ist, sämtlich innerhalb des eigenen Herrschaftsgebietes liegen, ist die Gefahr kritischer Vergleiche sehr viel weiter entfernt als dort, wo die Existenz von Nachbarvölkern mit abweichenden Kulturen und Gesellschaftsordnungen bekannt ist und nur Verbote den Neugierigen daran hindern, über sie mehr als die Tatsache ihrer Existenz zu erfahren. Wo allerdings die Möglichkeit kritischer Vergleiche alternativer Ordnungen besteht und genutzt wird, geraten zentralistisch-autoritäre gegenüber pluralistischen Systemen längerfristig unter Legitimierungsdruck. Aufgeklärte Despoten wie das Kalifat von Cordova oder das Osmanische Reich um 1500 konnten relativ zu den pluralistischen, aber rückständigen Feudalgesellschaften West-

und Mitteleuropas in einem derartigen Systemvergleich noch respektabel bestehen. Aber schon in der frühen Neuzeit verschaffte das überlegene Innovations- und Leistungspotential ihrer pluralistischen, in ständiger Rivalität untereinander entwickelten Ordnungen den europäischen Staaten einen Vorsprung, der sich bis ins 19. Jahrhundert ständig vergrößerte.

Soweit die militärischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, ergibt sich für "strukturell orientalische" Systeme aus diesem Sachverhalt ein Anreiz, die benachbarten Gesellschaften zu unterwerfen, ihnen die eigene Ordnung aufzuerlegen und damit von einer Lösung des ersten Typs zu einer Lösung des zweiten Typs überzugehen. Wenn dieser Anreiz stark genug wirkt, resultiert hieraus eine aggressive Ausdehnungspolitik, und zwar - da erst die Unterwerfung der bekannten "Welt" den erstrebten Stabilitätsgewinn bringen kann - eine ausgesprochen imperialistische Ausdehnungspolitik. Neben den vielen seit hundert Jahren von den verschiedenen Imperialismustheorien behandelten Motiven von Ausdehnungspolitik ist dieses Motiv der "Stabilitätsmaximierung" - anders als etwa die Motive in Ansätzen der Kriegsursachenforschung, die sich auf Ergebnisse der Ethologie stützen - ein rational nachvollziehbares Interesse, das im Bereich der internationalen Politik ein Parallelbeispiel zu Robbins' Bemerkung abgibt, der eigentliche Monopolgewinn sei das geruhssame Leben, das der Monopolist im Gegensatz zu dem unter Konkurrenzdruck handelnden Unternehmer genießen könne.

Mit dem Hinweis auf dieses Motiv imperialistischer Expansion ist selbstverständlich nicht die Aussage verknüpft, daß es in allen historischen Fällen kausal bedeutsam gewesen wäre. Für die Eroberungskriege Ludwigs XIV. beispielsweise ist das eher unplausibel. Ebenso wenig impliziert der Hinweis, daß das Herrschaftsmonopol nicht auch durch administrative Abschottung von der Außenwelt für lange Zeit stabilisiert werden kann. China und Japan haben nach dem ersten Auftauchen europäischer Entdecker, Kaufleute und Missionare im 16. Jahrhundert für dreihundert Jahre eine Politik scharfer Restriktionen bezüglich der Kontakte aller Art mit Europäern betrieben und damit ähnlich erfolgreich wie im Altertum Sparta ihre innere Ordnung stabilisiert, allerdings um den Preis wirtschaftlicher und technologischer Stagnation. Diese Stagnation erst hat das machtpolitische Gefälle zwischen beiden Ländern und den Westmächten entstehen lassen, das die Demütigungen des Opiumkriegs und der gewaltsamen "Öffnung" Japans 1854 möglich machte.

Andererseits waren in früheren historischen Perioden, bei weniger entwickelter Verkehrs- und Nachrichtentechnik, statt des globalen Staatensystems von heute mehrere regionale Staatensysteme unterschiedlicher Größe gegeben, die untereinander überhaupt nicht oder nur durch Kontakte geringer Intensität verbunden waren. So war das zentralamerikanische Staatensystem des 14. Jahrhunderts von Europa vollständig isoliert; das ostasiatische Staatensystem kam erst durch die mongolischen Eroberungen im

frühen 13. Jahrhundert vorübergehend zu immer noch lockeren politischen Kontakten mit europäischen Mächten.

In solchen isolierten Systemen ist die Errichtung einer systemweiten Hegemonie oder sogar die vollständige Annexion aller übrigen Akteure durch einen einzelnen expansionistischen Staat wiederholt gelungen, so zum Beispiel in der Unterwerfung der übrigen "kämpfenden Staaten" Chinas durch Ch'in bis 221 v.Chr. oder in der imperialen Expansion der Inka in der zentralen Andenregion (vgl. Bernholz, 1985, S. 69-75). In diesen Fällen wird das Staatensystem selbst, vorher pluralistisch und in seiner Dynamik oft durch Aufbau und Umbau von Mächtegleichgewichten charakterisiert, einer zentralisierten Ordnung unterworfen. Metaphorisch und überspitzt gewendet: Staats- und Wirtschaftsverfassung des Erobererstaates werden nach außen projiziert. Aber äußere Einflüsse, die zur Anpassung der eigenen Ordnungen zwingen könnten, insbesondere das Vorbild alternativer, in irgendeiner Hinsicht überlegener Ordnungen rivalisierender Staaten, kommen in solchen Situationen geographischer Isolation nicht mehr in Betracht. Imperien dieses Typs haben tatsächlich den Charakter von Universalreichen, auch wenn die derart politisch geeinigte Ökumene geographisch geringe Ausdehnung hat, wie im Fall von Hawaii unter Kamehameha I. (siehe Wesson, 1967, S. 459-466). - Die imperiale Lösung des Problems der Herrschafts- und Ordnungsstabilisierung ist sehr effektiv - bis die Isolation von außen durchbrochen wird. Dann kann es allerdings für eine adaptive Lösung, nämlich

für die Anpassung der eigenen Ordnung an die dann wieder auftretenden Anforderungen internationaler Rivalität, zu spät sein.

Die Träger imperialer Expansion brauchen als ethisch-kulturelle Einheiten nicht identisch mit den Gründern der agrarbürokratischen Despotie zu sein. Die in hydraulischen Kernzonen zuerst entwickelten Kampf, Herrschafts- und Verwaltungstechniken wurden häufig von rivalisierenden Gesellschaften übernommen und perfektioniert. Derartige Übernahmen sind auch in mehreren Stufen erfolgt, so aus dem China der Sung-Dynastie zu den Mongolen, von den Mongolen zu zentralasiatischen und osteuropäischen Nachahmern, darunter besonders das Großfürstentum Moskau. Mit ihrer Hilfe können Despotien auch ohne den Untergrund hydraulischer Landwirtschaft entstehen und vergleichbare staying power ihrer Ordnungen entwickeln wie der Staat der Pharaonen oder China seit der Han-Dynastie. Solange diese nicht im geographischen, aber im institutionellen Sinn "orientalischen" Systeme isoliert oder gegenüber benachbarten Systemen politisch und kulturell führend bleiben, können sie das Herrschaftsmonopol und ihre Binnenordnungen konservieren.

Eine andere Situation als für die isolierten oder in ihrer Region politisch und kulturell führenden Systeme hat sich für diejenigen ergeben, die in relativ enger Nachbarschaft zu entwickelten pluralistischen Gesellschaften bestanden, wobei "relativ eng" je nach dem Stand der Verkehrs- und Nachrichtentechnik Unterschiedliches bedeuten kann. Unter den "strukturell orientalischen" (despotischen) Systemen gilt dies für Byzanz, das Osmanische Reich,

aber auch für das Großfürstentum Moskau, aus dem sich das Zarenreich und ab 1917 die Sowjetunion entwickelt hat. In solchen Fällen - je häufiger und intensiver Kontakte zwischen benachbarten Systemen sind, desto mehr - erscheint im Blickfeld von immer mehr Untertanen der Despotie eine kulturelle und politische Alternative, die nicht mehr als "barbarisch" abgewertet und damit als nicht in Betracht kommend abgestempelt werden kann. Damit aber entsteht ein Konkurrenzdruck, der ein sonst nicht vorhandenes Element der Instabilität in das Herrschaftsmonopol der Bürokratie bringt. Vorher konnte es genügen, den "barbarischen" Nachbarn militärisch gewachsen zu sein. Schon dabei haben orientalische Despotien nicht selten versagt, so China mehrfach gegenüber kriegerischen Nomaden oder, historisch folgenreicher, das maurische Kalifat von Cordova gegenüber den christlichen spanischen Königreichen. Indes ändert sich die Qualität des Konkurrenzdrucks entscheidend, wenn der Rivale auch ein für die eigenen Untertanen attraktives, sie mehr und mehr als nachahmungswürdig beeindruckendes ordnungspolitisches Muster repräsentiert.

Was sich im frühen 18. Jahrhundert für französische Intellektuelle wie Voltaire oder Montesquieu beim Vergleich des französischen Absolutismus mit dem britischen Konstitutionalismus ergab: daß die politische Ordnung des Nachbarn und Rivalen im ganzen vorzugs- und nachahmungswürdig erschien, das konnte sich auch zwischen verschiedenen Kulturkreisen und beim Vergleich nicht nur der politischen, sondern auch der Wirtschaftsordnung oder kultureller Muster ergeben. Auf diese Weise - durch ungesteuerte

Lern- und Meinungsbildungsprozesse der Eliten - konnte sich immer stärkerer Anpassungs- und Modernisierungsdruck aufbauen. Die Stabilität des politischen Systems, aber darüber hinaus auch anderer Ordnungen wurde durch den damit verbundenen Konsenszerfall immer stärker beeinträchtigt. Wo es, wie in Indien, zur Errichtung europäischer Kolonialherrschaft kam, leuchtet das unmittelbar ein. Aber Konsenszerfall und Destabilisierung setzten nach längigen orientalischen Reichen wie China, Persien und dem osmanischen Staat ein. Analoge Vorgänge wie die Entlegitimierung des *ancien régime* in Frankreich schon lange vor der Französischen Revolution gehören in die Vorgeschichte der chinesischen Revolution ab 1911 ebenso wie der türkischen nach dem Ersten Weltkrieg. Ebenso wie in diesen beiden Fällen steht ein nicht nur den verantwortlichen Personen, sondern der eigenen institutionellen Ordnung zugerechnetes militärisches Versagen auch hinter den russischen Revolutionen von 1905 und 1917. Militärische Mißerfolge als Anlässe zu einem kritischen Vergleich der eigenen Ordnung mit der des erfolgreicheren Rivalen waren fast überall Teil des Ursachenkomplexes, aber in Einzelfällen von sehr verschiedenem Gewicht. "Ohne Roßbach kein Schafott" (Schumpeter, 1953, S. 181) enthält mehr als nur ein Korn Wahrheit. Aber die Revolution bahnte sich in den Jahren nach 1780 an, obwohl Frankreich den Krieg von 1778-1783 gegen Großbritannien gewonnen hatte. Die Verbündeten in diesem Krieg - die späteren USA - waren als Ansteckungsherd freiheitlicher und für das *ancien régime* subver-

siver Ideen noch gefährlicher als schon vorher der traditionelle Gegner Großbritannien.

3. Osteuropa 1989: Der Zerfall eines Imperiums

Vom 16. bis zum 19. Jahrhundert bietet Rußland den bemerkenswertesten Fall eines ursprünglich - als Großfürstentum Moskau, unter der Herrschaft der Goldenen Horde - orientalisches-despotisch strukturierten Staates, der sich trotz einer im ganzen imposanten Serie militärischer Erfolge, die sein Gebiet durch Annexionen auf ein Vielfaches anwachsen ließen, immer wieder nicht nur zum Import westlicher Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern auch zur partiellen Anpassung seiner Strukturen - also zur Übernahme von Ordnungselementen - aus den liberalen, technisch, wirtschaftlich und zivilisatorisch überlegenen Staaten des Westens gezwungen sah. Im Fall des Zarenreiches ist eine Übernahme institutioneller Muster von westlichen Gesellschaften wiederholt erfolgt, weil der wirtschaftlich-technologische Vorsprung des Westens und sekundär dadurch das machtpolitische Potential den charakteristisch westlichen Institutionen zugeschrieben wurde. Dies gilt auch und gerade für die politische Ordnung. "In Russian eyes, Western states were not only embarrassingly rich and inventive but amazingly strong for their modest size. If tiny England was Compa-

nable in power to gigantic Russia, even able to check the latter's advance in Central Asia, the cause must be some superiority of British political institutions" (Wesson, 1974, S. 44). Nach verlorenen Kriegen wie dem Krimkrieg oder dem russisch-japanischen Krieg sind der Anpassungsdruck und auch die Modernisierungsbereitschaft erheblich gewachsen. Aber Entlegitimierung der bestehenden politischen Ordnung mit revolutionären Konsequenzen konnte auch auf militärische Siege folgen; das zeigt der Dekabristenaufstand von 1825.

Diese Fälle illustrieren eine Interdependenz von Ordnungen über die Grenzen von Staaten, oft auch von Kulturkreisen hinweg. Sobald Ordnungsalternativen wahrgenommen werden, setzt in der Wahrnehmung und Vorstellung intellektueller Eliten, später auch breiterer Schichten, im weiteren Sinne eine Bewertungskonkurrenz ein, bei der Zurechnung von Leistungen und Fehlleistungen erfolgt und alternative Ordnungen kritisch verglichen werden.

In diesen Ausführungen soll nicht bestritten werden, daß für eine *histoire raisonnée* Osteuropas seit 1917 Erklärungsansätze unentbehrlich sind, die vor allem den Marxismus-Leninismus als messianische Ideologie mit - in der versuchten praktischen Umsetzung - totalitären Konsequenzen ins Zentrum stellen. Erst recht versteht sich, daß die internationale Politik dieser Periode und die Entwicklungen in anderen europäischen Ländern (etwa der Untergang der Räterepubliken in Ungarn und Bayern) auf die Entwicklung der Binnenstruktur des Sowjetstaates und später der ab 1944 errichteten Satellitenstaaten stark eingewirkt hat. Die Berücksichti-

gung dieser Einflüsse schließt aber nicht aus, daß man auch diejenigen Attribute der Entstehung und bisherigen Entwicklung des sowjetischen Imperiums für eine zufriedenstellende Erklärung heranziehen muß, in denen sich wiederholte Verlaufsmuster der vor-sowjetischen Geschichte des Russischen Reiches und teilweise auch anderer historischer Despotien erkennbar reproduzieren.

In dieser Sichtweise ordnet sich die Geschichte der Sowjetunion und Osteuropas insgesamt in die Entwicklung einer der großen historischen Despotien ein, des Großfürstentums Moskau, aus dem nach einer langen Phase erfolgreicher "Sammlung der russischen Erde" das Reich der Großrussen und mit der Unterwerfung nicht-russischer Nationen im Zuge weiterer Expansion das multinationale Zarenreich geworden ist. Schon in seiner Frühzeit hat dieser Staat bereitwillig technische und organisatorische Innovationen von außen übernommen, und die Machtpolitik Moskaus hat darin eine wesentliche Voraussetzung.

Folgenreich für die Entwicklung der politischen Ordnung war die geopolitische Lage im Vorfeld des größten und langlebigsten, von ausgeprägter Dynamik charakterisierten Staatensystems der Geschichte. Im Vorfeld des europäischen Staatensystems lagen allerdings auch andere Despotien: das Kalifat von Cordova, das byzantinische Kaiserreich, später das Osmanische Reich. Alle lagen dem pluralistischen, dynamischen Staatensystem Europas benachbart und wurden zeitweilig als Mitglieder akzeptiert: ein christlicher König wie Franz I. von Frankreich konnte sich gegen seinen "kaiserlichen Vetter" Karl V. mit dem Sultan verbündet. Die Unter-

schiede sind instruktiv: das maurische Kalifat war wissenschaftlich-technisch dem christlichen Europa lange voraus und hat den Europäern mehr als nur "Algebra und Aristoteles" übermittelt. Aber in der Fähigkeit, seinerseits nun europäische Innovationen zu übernehmen und sich zunutzezumachen, war ihm das christliche Byzanz überlegen: Bewaffnung, Organisation und Taktik der europäischen Ritterheere sind Vorbilder der Kataphrakten und der Themenorganisation von Byzanz geworden. Ähnlich war Rußland anscheinend auch wegen größerer weltanschaulicher Verwandtschaft weitaus rezeptiver sowohl gegenüber Byzanz, vor allem in der Kiewer Periode, wie später gegenüber West- und Mitteleuropa.

Zu einer wirklich durchgreifenden Verwestlichung nicht nur im kulturellen, sondern auch im Bereich der politischen Ordnung ist es bis heute nicht gekommen. Die außerordentlich widerstandsfähige autoritär-bürokratische Struktur des Zarenreiches, die wirklichen gesellschaftlichen Pluralismus und damit die Chance demokratischer Entwicklung wenn nicht verhinderte, so doch sehr unwahrscheinlich machte, ist nichts ursprünglich Russisches. Sie ist Ergebnis einer tragischen Weichenstellung, einer Lernens von ganz anderen Lehrmeistern als Byzanz und Westeuropa.

Von den mongolischen Eroberern - Tataren, wie sie in Rußland bezeichnet werden - konnten die Russen "weder Algebra noch Aristoteles" (Puschkin), wohl aber Herrschafts-, Disziplinierungs-, Überwachungs- und Ausbeutungstechniken übernehmen, die Dschingis Chan und seine Nachfolger selbst größtenteils chinesischen Vorbildern verdankten. Bei dieser Übernahme waren die

Großfürsten von Moskau gelehrigste Schüler der Goldenen Horde, wie sie auch lange ihre devotesten und gefügigsten Diener waren. Auf diesen Voraussetzungen beruht der Aufstieg Moskaus über die anderen, teilweise älteren und anfangs bedeutenderen russischen Fürstentümer (Wittfogel, 1957, S. 219-225).

Die politische Ordnung des Moskowerstaates hat die damit erhaltene Prägung bis zur Revolution von 1917 nie ganz verloren. Die Wirtschaftsordnung hat sich im 18. und noch mehr im 19. Jahrhundert immerhin durch das Eindringen des Privateigentums als Institution nach europäischen Vorbildern verwestlicht. Aber die Verfassung blieb autokratisch; soweit der Zar faktisch auf Elemente seiner unumschränkten Macht verzichtete, erfolgte das zugunsten des Dienstadels und der Bürokratie (mit den Edikten Katharinas II. von 1762, 1767 und 1785) und erwies sich in der Folgezeit überwiegend als Hemmnis für weitere Reformen (Pipes, 1977, S. 132-138).

Die Revolution von 1917 hat im Ergebnis für Jahrzehnte eine ordnungspolitische Enteuropäisierung Rußlands gebracht. Selbstverständlich waren Programm und Rhetorik der Bolschewiki westlicher Herkunft, aber inhaltlich durch die Dominanz der auf Saint-Simon ebenso wie auf Marx zurückgehenden Elemente von Technokratie und utopischem social engineering sehr geeignet, einer institutionellen Re-Asiatisierung Rußlands ideologisch Vorschub zu leisten (vgl. Hayek, 1973, S. 8-17; Rüstow, 1957, S. 55-57). Lenin hat die Restauration einer "asiatischen" Ordnung (asiatschina) in Rußland befürchtet und trotzdem selbst entscheidend zu ihr beigetra-

gen (Wittfogel, 1957, S. 389-400). Die Revolution hatte mit der Beseitigung der Privilegien des Dienstadels und der Bürokratie nicht nur Hindernisse einer freiheitlichen Entwicklung, sondern auch Sicherungen gegen eine Wiederherstellung der alten moskowitischen Despotie, ausgerüstet, mit moderner Technologie ("Sowjetmacht plus Elektrifizierung"), beseitigt. Die messianische Ideologie des Marxismus-Leninismus ist oft als Nachfolger der messianischen Ideologie von Moskau als dem "Dritten Rom" aufgefaßt worden. Mit einer solchen Anknüpfung an ein sehr altes Moment religiöser Deutung der historischen Mission Rußlands vertrug sich offensichtlich die Fortführung der polizeistaatlichen Techniken der späten Zarenzeit. Diese erschöpfte sich nicht in der Benutzung von Strafrecht, Zensur und Geheimpolizei - der Tscheka als direkter Nachfolgerin der Ochrana des Zaren - als Waffen der Unterdrückung. Sie konnte auch auf erste Experimente mit totalitärer Massenmobilisierung und -manipulation zurückgreifen (Pipes, 1977, S. 312-313) und hat sie unter Stalin perfektioniert.

Die sowjetische Außenpolitik hat nicht nur zäh und geduldig identische Ziele wie das Zarenreich verfolgt (Voslensky, 1980, S. 479-481). Sie ist dabei auch viel erfolgreicher gewesen. Die Ausdehnung des sowjetischen Herrschaftsbereiches bis an die Elbe und zum Teil darüber hinaus zu Ende des Zweiten Weltkrieges entspricht, wie öfters bemerkt wurde, größtenteils den Kriegszielen der zaristischen Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Der große Gebietsgewinn hat allerdings das Grundproblem der russischen Geschichte nicht gelöst. Eine zentralistisch-bürokratische

Binnenstruktur, jetzt totalitär perfektioniert, ist auf Dauer noch immer nur mit einer Lösung ersten Typs (Abschließung nach außen) oder zweiten Typs (Ausdehnung des eigenen Ordnungsmusters auf alle anderen Mitglieder des Staatensystems) stabilisierbar. Da die westliche Hälfte Europas - von den USA und anderen außereuropäischen Mächten nicht zu reden - unabhängig blieb, war eine Lösung des zweiten Typs impraktikabel und wurde wohl schon von Stalin, nachdem Hoffnungen auf Destabilisierung und kommunistische Machtergreifung sich für kein westeuropäisches Land erfüllt hatten und die Berliner Blockade gescheitert war, nicht mehr in Betracht gezogen.

Damit drängte die Abschließung von den nicht kommunistisch beherrschten Ländern sich als einzige verbleibende Lösung auf. Sie zog sich über Jahre hin und fand ihren Abschluß im Bau der Berliner Mauer, nachdem eine jahrelange "Abstimmung mit den Füßen" für die DDR drastisch die Aussichtslosigkeit des Wettbewerbs der Ordnungen gezeigt hatte. Wie das Zarenreich seinen Untertanen schon im 17. Jahrhundert grundsätzlich Auslandsreisen verboten hatte und nur für den Dienstadel, die *dworjane*, ab 1785 Ausnahmen zuließ (Pipes, 1977, S. 110-115), so wurden in den Staaten des "real existierenden Sozialismus" Reisen ins westliche Ausland ein privileg der Nomenklatura (vgl. Voslensky, 1980, S. 456-467). Komplementär dazu wurde versucht, alle Arten des Nachrichtenverkehrs in West-Ost-Richtung zu unterbinden, nicht nur durch Presse- und Briefzensur, sondern anfangs auch im Be-

reich der elektronischen Medien, und nicht nur durch Störsender: in der DDR erhielt man in den fünfziger Jahren Radios mit eingebauten Sperrkreisen, die einen Empfang westlicher Rundfunksendungen verhindern sollten.

Der Verzicht auf dieses Ziel der kommunikativen Abschottung der eigenen Bevölkerung, das durch die technische Entwicklung immer schwerer zu erreichen war, und die stillschweigende Duldung insbesondere des Empfangs westlicher Fernsehprogramme entlang des damaligen "Eisernen Vorhang" hat als ein wesentliches Moment der Destabilisierung der unter Stalin errichteten totalitären Herrschaftsordnung zu gelten. Der Vergleich der eigenen und der auf dem Bildschirm erscheinenden westlichen Lebensverhältnisse legte einen Systemvergleich nahe, und das Ergebnis dieses Vergleichs war meist derart, daß der Konsens zur sozialistischen Herrschaftsordnung, wo es ihn überhaupt gab, ein Stück weiter abbröckelte. Eindrucksvoll bestätigt hat sich damit, daß totalitäre Systeme nur dann ein gewisses Maß an Stabilität behalten können, wenn und soweit sie den Charakter geschlossener Gesellschaften behalten. Die zum erheblichen Teil durch die technischen Möglichkeiten moderner Massenmedien ermöglichte, über die Jahrzehnte zunehmende "Öffnung" osteuropäischer Gesellschaften hat notwendige Bedingungen für die politischen Umwälzungen Ende der achtziger Jahre geschaffen.

Ein zweites Moment war die Renaissance des Nationalismus in vielen osteuropäischen Ländern. Diese Renaissance kann für die

Zukunft durchaus problematische Wirkungen wie zum Beispiel eine Re-Balkanisierung Osteuropas haben. Hier indes geht es nur darum, daß nationale Rhetorik der kommunistischen Regierungen und zumindest bis zu den Ostverträgen Anfang der siebziger Jahre das Schüren von Furcht und historisch verständlichen Ressentiments gegenüber Deutschland auf Dauer die Wahrnehmung des "sozialistischen Lagers" als sowjetisches Imperium und der "führenden Rolle" der Sowjetunion als russische Fremdherrschaft nicht verhindern konnten. Bei Nationen wie den Bulgaren und Armeniern wird diese Wahrnehmung durch die Erinnerung an die Befreier- oder Beschützerrolle Rußlands im 19. Jahrhundert teilweise neutralisiert; für die meisten unter sowjetische Herrschaft geratenen Völker von Estland bis ins moslemische Zentralasien bedeutet sie eine Entlegitimierung dieser Herrschaft. Die damit einsetzenden Unabhängigkeitsbestrebungen wurden - in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und zuletzt noch in Polen 1981 - mit militärischen Mitteln unterdrückt, jedesmal aber um den Preis eines außenpolitischen und propagandistischen Rückschlages für die Sowjetunion. Es ist zweifelhaft, wie weit eine solche Unterdrückung heute noch politisch und militärisch möglich wäre und, dies unterstellt, für wie lange sie gegenüber dem Wiedererstarken der Nationalismen Erfolg haben könnte.

Als drittes Moment betrachte ich das Versagen der sowjetischen Wirtschaftsordnung in zweifacher Hinsicht: nicht mehr nur in den für die Zivilbevölkerung unmittelbar fühlbaren Aspekten

("leere Regale"), sondern auch in der Fähigkeit, wie bisher die für eine Fortsetzung der sowjetischen Großmachtpolitik erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Die schon in den siebziger Jahren erkennbare Entwicklung ist offenbar durch Entscheidungen in der Breschnjew-Ära - zugunsten der Militärausgaben und zu Lasten der Investitionen - verschärft, aber nicht erst durch sie erzeugt worden (vgl. Rush, 1982). Damit aber trat zum Konsenszerfall in der Bevölkerung eine Spaltung der politischen Elite, wie bereits Platon bekannt war, regelmäßig Voraussetzung - und Vorzeichen - von Revolutionen. Mitte der achtziger Jahre erschien für hinreichend viele Angehörige der Nomenklatura, einschließlich des Militärs, die Entwicklung so bedrohlich, daß ein Kurswechsel, der nicht nur ein Auswechseln von Amtsträgern bedeutete, als unausweichlich akzeptiert wurde. Der Generationenwechsel im Amt des Generalsekretärs der KPdSU ist folgerichtig mit dem Programm eines Umbaus der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (perestrojka) verbunden, die einstweilen aber das zentrale Merkmal der politischen Ordnung unangetastet lassen soll: das Herrschaftsmonopol der kommunistischen Partei.

Die komplexe Dynamik der dann durch Glasnost und Perestrojka ermöglichten Kaskaden revolutionärer Vorgänge kann hier nicht mehr analysiert werden. Im Augenblick der Niederschrift dieser Sätze sind diese Vorgänge noch im Fluß, gegenüber 1989 teils beschleunigt, teils auch verlangsamt. Jedenfalls erscheint es verfrüht, schon jetzt die Auflösung des letzten multinationalen Im-

periums und die Demokratisierung aller osteuropäischen Staaten zu verkünden. Aber unbestreitbar enthält dieser historische Augenblick Chancen für die Herausbildung freiheitlicher Ordnungen innerhalb der und zwischen den Staaten, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gegeben hat.

Literatur

- Bechtoldt, Heinrich, *Staaten ohne Nation: Sozialismus als Machtfaktor in Asien und Afrika*, Stuttgart 1980.
- Bernholz, Peter, *The International Game of Power*, Berlin 1985.
- Brecht, Arnold, *Politische Theorie*, Tübingen 1961.
- Deutsch, Karl W., *The Nerves of Government*, New York 1966.
- Eschenburg, Theodor, *Herrschaft der Verbände?*, Stuttgart 1955.
- Eucken, Walter, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 5. Aufl., Tübingen 1975.
- Hayek, Friedrich A. von, *Law, Legislation, and Liberty*, Vol. I, Chicago 1973.
- Hayek, Friedrich A. von, *The Road to Serfdom*, London 1944.
- Hempel, Carl G., *Aspects of Scientific Explanation*, New York 1965.
- Jacobsen, Thorkild, "Early Political Development in Mesopotamia", *Zeitschrift für Assyriologie*, NF, Bd. 18 (1957), S. 91-140.
- Jones, E. L., *The European Miracle*, Cambridge 1981.
- Pipes, Richard, *Russia under the Old Regime*, Harmondsworth 1977.
- Popper, Karl R., *The Open Society and Its Enemies*, Vols. I-II, 4. Aufl., London 1962.
- Röpke, Wilhelm, *Briefe 1934-1966*, Erlenbach und Zürich 1976.

- Rush, Myron, "Guns over Growth in Soviet Policy", *International Security*, Bd. 7 (1982/83), S. 167-179.
- Rüstow, Alexander, *Ortsbestimmung der Gegenwart*, Dritter Band, Erlenbach und Zürich 1957.
- Schumpeter, Joseph A., "Die sozialen Klassen im ethnisch homogenen Milieu", in: *Aufsätze zur Soziologie*, Tübingen 1953, S. 147-213.
- Senghaas, Dieter, "Frieden in einem Europa demokratischer Rechtsstaaten", *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 4-5/90, 19. Januar 1990, S. 31-39.
- Voslensky, Michael S., *Nomenklatura*, Wien 1980.
- Wesson, Robert G., *The Russian Dilemma*, New Brunswick, N. J. 1974.
- Wesson, Robert G., *The Imperial Order*, Berkeley 1967.
- Wittfogel, Karl, *Oriental Despotism*, New Haven 1957.